

ANTIFASCHISTISCHE STADTKOMMUNE BERLIN

## ZU DEN (UN-)MÖGLICHKEITEN LINKER PRAXIS

Dieser Text soll eine Grundlagenkritik der politischen Gruppe darstellen. Dabei geht es nicht um die Kritik einzelner Gruppen, sondern um eine Analyse und Kritik der Form der politischen Gruppe selbst. Grundlegend für diese Kritik ist der Begriff des Warensubjektes, aus dem die Form der politischen Gruppe entwickelt wird. Dieser Text bezieht sich auf linke politische Gruppen in Großstädten wie beispielsweise Berlin.<sup>1</sup> Dementsprechend ist es nicht die Perspektive dieses Artikels, die realen Verhältnisse als naturgegeben noch als aus jedem Verhältnis losgelöste Subjektivität, unabhängig von jeglichen Rahmenbedingungen, darzustellen, sondern es handelt sich um eine Betrachtung der eigenen Verhältnisse und den Versuch einer Darstellung des groben Rahmens der aus den Verhältnissen resultierenden Lebensrealitäten. Aus dieser Analyse ergibt sich für uns eine Kritik an der Struktur der politischen Gruppe an sich – es geht folglich nicht um eine Kritik an »den Anderen«, sondern an den eigenen Verhältnissen.

Dieser Text soll dazu beitragen, zu verstehen, wie die politische Gruppe funktioniert, welche materiellen Gegebenheiten sie zu dem machen, was sie ist und welche Probleme sich der Praxis daraus ergeben. Unsrer These, dass auch die politische Gruppe ein Produkt der Verhältnisse ist, soll nicht zu der Forderung nach ihrer Abschaffung führen, sondern sie soll daran erinnern, dass wir nicht widerspruchsfrei leben können, solange die Verhältnisse nicht grundlegend geändert sind. Diese Erkenntnis soll dabei helfen, Möglichkeiten zu finden, dies auch wirklich zu tun.

<sup>1</sup> Das hier vorgestellte theoretische Fundament ist entstanden in den Auseinandersetzungen innerhalb des Projektes *grossprojekt.tk*, aus denen die *antifaschistische Stadtkommune* (Arbeitstitel) hervorgegangen ist. Dieser Text ist durch die unterschiedlichste Mitwirkung mehrerer Leute aus der Stadtkommune und deren Umfeld entstanden, stellt aber keine abschließende oder repräsentative Positionierung der Struktur selbst dar. Dass die politische Gruppe und Struktur *grossprojekt.tk* mittlerweile gescheitert ist (mittlerweile versuchen Menschen unter dem Namen *jetztundsofort.tk* einen Neustart des Projektes unter gleichen Bedingungen), ist implizit Gegenstand der hier vorliegenden Reflektionen zu der Form der politischen Gruppe selbst. Die antifaschistische Stadtkommune selbst ist jedoch keine politische Gruppe, sondern versucht, durch die Kollektivierung der Existenzen der Beteiligten ihr Verhältnis als Warensubjekte zu überwinden. Die Details dieses Projektes sind nachzulesen unter [www.CyborgSociety.org](http://www.CyborgSociety.org), wo auch die Möglichkeit besteht, diesen Artikel zu diskutieren.

Letztendlich – und das soll im folgenden gezeigt werden – befinden sich politische Gruppen in einem durch ihre Form gegebenen unauflösbaren Widerspruch zwischen den Zielen der einzelnen Mitglieder der Gruppe und ihren gemeinsamen Zielen. Dieser Widerspruch bringt ein Verhältnis von Hierarchie und Dominanz zwangsläufig hervor. Dabei ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass die Betätigung in politischen Gruppen ein Luxus ist. Dominanz und Hierarchie können in keiner noch so emanzipativen politischen Gruppe vollständig abgebaut werden, im besten Fall sind sie jedoch zumindest einigen Mitgliedern theoretisch bewusst.

Keine »Politik zu machen« ist allerdings auch keine Lösung – doch in ihrem Anspruch, die Verhältnisse radikal zu ändern und der Realität, unter ihnen und mit ihnen arbeiten zu müssen und bestimmte Aspekte auch zu reproduzieren, ist es umso wichtiger, die Grundlage der Kritik an den Verhältnissen (»Alle nach ihren Bedürfnissen, alle nach ihren Fähigkeiten«), auch auf die vorherrschende Praxis politischer Gruppen mitsamt ihren Verhältnissen anzuwenden.

## KOOPERATION DER WARENSUBJEKTE IN POLITISCHEN GRUPPEN: RAHMENBEDINGUNGEN

Die hier vorliegende Theorie bezieht sich auf einige wenige grundlegende Rahmenbedingungen: sie bezieht sich auf Verhältnisse, wie sie in Großstädten wie Berlin üblich sind, also eine nationalstaatlich verfasste Welt, inklusive staatlicher Gewaltherrschaft, welche mit Militär, Polizei und Justiz die vorherrschende Eigentumsordnung<sup>2</sup> sichert, so dass für jede Ressource ein Besitzer<sup>3</sup> existiert. Was keiner besonderen Person gehört, unterliegt direkter staatlicher Verwaltung.

Dies meint vor allem: wem was gehört, ist nicht beliebig wählbar. Meint auch: von nichts kommt nichts. Produkte (auch »immaterielle«) sind das Ergebnis von Produktion, der Aufwendung von Zeit, und haben in der öffentlichen Sphäre den Charakter von Waren, ihre Aneignung ist durch Tausch vermittelt. Daher existiert für jede Ware ein Subjekt, ein so genanntes Warensubjekt, das sich durch den Ausschluss seiner jeweiligen Gütern von anderen konstituiert. Also beginnen wir die Entwicklung des Modells mit dem Begriff des Warensubjekts.

<sup>2</sup> Dieser Text vernachlässigt den Aspekt der sexuellen Aneignung, sprich der Aneignung durch Partnerschaft, Ehe, Geburt, Erbschaft. Es wird nicht tiefgründig auf jene Rahmenbedingungen eingegangen, die als patriarchal gelten können und eine grundlegende Voraussetzung für die vorherrschende Eigentumsordnung darstellen.

<sup>3</sup> Natürlich könnte hier eine gendersensitive Form (also Besitzer\_in), stehen, doch wie wir im Kapitel »Politik und Gender« ausführen werden, ist die Form des Warensubjektes strukturell männlich. Die männliche Form ist also bewusst gewählt, soll aber nicht bedeuten, dass nicht auch biologisch nicht-männliche Menschen Besitzer\_innen von Ressourcen sind.

## DAS WARENSUBJEKT

Ein Warensubjekt ist »etwas«, das über eine begrenzte Menge an Gütern verfügen kann. Diese Verfügung des Warensubjekts kommt durch den gegenseitigen Ausschluss der Warensubjekte von der Verfügung über die Mittel des jeweiligen Gegenübers zustande – sie ist somit exklusiv.

Warensubjekte können auch Gruppen, Betriebe oder Kommunen sein – je nach Gegenstand der Betrachtung. Da wir hier linke politische Gruppen im urbanen Milieu untersuchen wollen, betrachten wir einzelne, lebende Personen ohne eigene Produktionsmittel. Da diese somit keine Möglichkeit haben, ihre Existenz aus eigenen Mitteln zu erarbeiten, haben sie laufende Kosten für den Lebensunterhalt, weshalb sie sich als Lohnarbeitskräfte verkaufen müssen. Somit bedingt ihre Existenz den Verkauf der eigenen Arbeitskraft, für den sich die Warensubjekte jeweils frei (also unabhängig von anderen Menschen und im Mangel einer eigenen Existenzgrundlage im Sinne von Produktionsmitteln) entscheiden müssen: Da die Produktionsmittel Eigentum eines jeweiligen Käufers einer Arbeitskraft sind, welcher einem Warensubjekt einen ausschließenden Tätigkeitsbereich (Beruf) zuweist, ist das Warensubjekt gezwungen, sich innerhalb dieses Berufszweiges in Konkurrenz gegen Anbieter der gleichen Ware durchzusetzen, d. h. die jeweils eigene Position gegenüber den Konkurrenten gleichen Berufs durch Aufwendung eigener Zeit zu verbessern.

So wie also jederzeit die Möglichkeit besteht, sich auf den Verkauf vorzubereiten oder sich zu verkaufen, dies jedoch einer Entscheidung des Warensubjektes dafür bedarf, ist die Situation gegeben, dass auch jegliche Aktivität, welche dem Verkauf nicht dient, einer Entscheidung für ebendiese, also gegen den Verkauf, bedarf. Die freie und unabhängige Entscheidung des Warensubjektes ist durch die sie umgebenden Rahmenbedingungen zwangsweise gegeben.

Aus dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft ergibt sich, dass alle Mittel der eigenen Verfügung eine Aufwendung der eigenen Lebenszeit darstellen. Über die dadurch gewonnenen Mittel hat das Warensubjekt eine exklusive Verfügung, somit eine eigene Ökonomie, d. h. begrenzte Mittel wie Zeit / Geld / Gegenstände, welche zielgerichtet aufgewendet werden können und müssen. Andersherum: Das individualisierte Warensubjekt hat nichts außer ihm/ihr/\* selbst zur Verfügung, die Mittel der Existenz sind in dieser formalen Bestimmung mit den Mitteln, über die jeweils verfügt wird, unmittelbar identisch und umfassen die eigene Zeit und den eigenen Körper.<sup>4</sup> Da das Warensubjekt nur von den eigenen Mitteln abhängig ist, die jeweils Anderen jedoch nur von ihren Mitteln abhängig sind, ist das Warensubjekt formal weder in der Freiheit eingeschränkt, diese zu verwenden, noch hat es eine Möglichkeit, über die Mittelvergabe der Anderen zu entscheiden.

<sup>4</sup> Wieviel wird gearbeitet und ausgeruht, wie angestrengt, krankgemacht oder gegessen ... Wieviel Zeit wird für Ausbildung und Arbeitsverhältnisse aufgewandt, wieviel für Freund\_innen, Genoss\_innen etc ...

Wenn eine andere Person Probleme hat, hat dies keinerlei Auswirkungen auf mich, genau wie umgekehrt meine Problemlage die Lebensqualität eines/r/\* jeden Anderen erstmal grundsätzlich nicht beeinträchtigt. Es ist stets eine freie Entscheidung, diesem Umstand überhaupt irgendeine Aufmerksamkeit zu schenken. Gerade weil sich die Warensubjekte von den Mitteln ihrer Existenz aktiv ausschließen ist ihre Beziehung strukturiert durch die Zeit, Güter und Waren, über die sie verfügen: gebe ich etwas zugunsten des/r/\* Anderen, ist dieses wiederum von dieser\_m angeeignet und meiner Verfügung entzogen: Was der/die/\* Gegenüberstehende mehr hat, habe ich weniger.

Trotz alledem ist nicht jeder einzelne Mensch unbedingt immer ein Warensubjekt: Kinder, Hausarbeitende, Arbeitsunfähige, zwangsverwaltete Menschen (Psychiatrisierte, Migrant\_innen ...) sind in dem Maße gerade keine Warensubjekte, wie sie keine ausschließende Verfügung über die eigenen Mittel als Resultat ihrer Beziehungen auf dem (Arbeits-)Markt haben. Die Existenz der Menschen in den genannten Beispielen ist nicht Ergebnis einer eigenen freien Entscheidung und Verfügung. Vielmehr ergibt sich ihre Existenz und Lebensrealität aus der freien Entscheidung des Warensubjekts, dessen Mittel sie beziehen und dessen Kostenfaktor sie darstellen.

Neben diesen praktischen und generellen Einschränkungen ist die Existenz als Warensubjekt für jeden Menschen situationsabhängig. Es bedarf sowohl des praktizierten gegenseitigen Ausschlusses von den jeweils eigenen Mitteln der Existenz, wie auch der darauf beruhenden exklusiven Verfügung. Somit ist die Beziehung der Menschen untereinander nicht natürlicherweise die von Warensubjekten. Auch der Ansatz von ökonomischen Kommunen<sup>5</sup>, die eigene Existenzgrundlage zu kollektivieren, widerspricht dem wechselseitigen Bezug als Warensubjekte. Die hier beschriebene Beziehung der Warensubjekte zueinander ist somit explizit gesellschaftlich.

Des Weiteren findet sich in dieser leeren ökonomischen Form nichts, was den Menschen im Besonderen ausmacht. Die lebensweltliche Erscheinung der Menschen ist geprägt von ihren individuellen Geschichten, Besonderheiten, Macken, Verantwortungen, persönlichen Einschränkungen, während die Existenz als individualisiertes Warensubjekt hinter dem Schleier der »Natürlichkeit« und Normalität verschwindet. Weder der abstrakte Begriff des Warensubjekts noch eine aus ihr entwickelte Theorie können somit identisch mit der Lebenswirklichkeit sein.

Zurück zu den Warensubjekten: aus der wechselseitigen Beziehung, in der das eigene Wegegebene von der/m/\* Anderen angeeignet wird, es jedoch die eigene, exklusive Existenzgrundlage darstellt, ergibt sich eine Vergabe der begrenzten Güter nach eigenem Interesse. Eine rein einseitige Vergabe unter Absehung von eigenen Interessen findet demzufolge grundsätzlich nicht statt, sondern höchstens trotzdem. Denn eine Weggabe von Mitteln unter Absehung eigener Interessen setzt eine ökonomische Lage voraus, bei der die eigene Existenz zumindest als gesichert erscheinen muss.

<sup>5</sup> Auf die Eigenheiten, Problemfelder und Ansätze dies umzusetzen kann hier nicht eingegangen werden. Der Ansatz unseres Projektes ist nachzulesen unter: [www.CyborgSociety.org](http://www.CyborgSociety.org).

Was im Einzelnen als gesichert angesehen wird – ob aktuell oder perspektivisch, angenehmes Leben oder Existenzminimum – liegt im Bereich subjektiver wie kultureller Ansprüche und ist somit durch die eigene wie fremde Einordnung in die Kategorien Race, Class und Gender und den damit verknüpften gesellschaftlichen Erwartungen strukturiert. Subjektive »Sicherheit« ist weder beliebig noch unabhängig von den real vorhandenen eigenen Mitteln.

KOOPERATION VON WARENSUBJEKTEN IN POLITISCHEN GRUPPEN

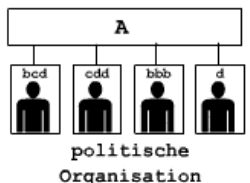
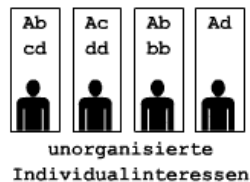
Unter Kooperation wird hier eine zweckmäßige und somit gezielte und geplante kollektive Aufwendung von Arbeitszeit verstanden. Die Arbeitenden können sich sowohl in ihren Kräften durch Ausübung der gleichen Tätigkeit verstärken als auch sich durch unterschiedliche, aufeinander abgestimmte Tätigkeiten ergänzen. Hierfür ist ein Planungsprozess vonnöten, in dem Ziel und Mittel der einzelnen Tätigkeiten festgelegt werden und der dann handlungsanleitend für den jeweils nötigen Arbeitsprozess wird.

Politische Gruppen sind nun *eine* Form, innerhalb derer Warensubjekte kooperieren.<sup>6</sup> Als (kollektives) Subjekt, welches einen allgemeinen Gegenstand herausbildet und über diesen verfügt, bildet die politische Gruppe selbst ein Warensubjekt, welches über die eigenen Mittel unter Ausschluss aller Anderen (sogar der der eigenen Mitglieder) verfügt und somit eine von Anderen unabhängige Existenz bestreitet.

Ausgehend davon, dass Warensubjekte sich gegenseitig von ihren jeweiligen Mitteln ausschließen, haben sie auch erstmal grundsätzlich voneinander unabhängige Interessen. Die Aneignung durch den/der/\* Einen bedingt die Enteignung des Anderen – was ich habe hast nicht Du, was Du hast, hab nicht ich – ich bin nur von Meinem abhängig und Du nur von Deinem.

Die Spezifik politischer Gruppen ist der Vermittlungsprozess. In der Situation des gegenseitigen Ausschlusses von den Mitteln der eigenen Existenz ist eine Interessensgemeinschaft und somit Kooperation, welche durch gemeinsame Mittel und

Ziele motiviert ist, erst einmal grundlegend nicht gegeben. Treffen Warensubjekte mit dem Ziel der Kooperation aufeinander, ist es somit nötig, gemeinsame Interessen herauszubilden. Somit gibt es Kooperation nur da, wo Interessen miteinander vereinbar, sprich gemeinsam sind. Das Finden gemeinsamer Interessen setzt einen Kommunikationsprozess voraus, der gleichsam auch die Spezifik politischer Gruppen darstellt, und im Folgenden als Vermittlungsprozess bezeichnet wird. Dieser Prozess stellt eine Vermittlung der Interessen der einzelnen Warensubjekte



6s: Das Kapital in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 23, Berlin / DDR, 1959. Es ist, dass Marx hier vor allem *allgemeine Gesetze* der Produktion auf diese Weise anwendet.

her und bringt tendenziell eine Schnittmenge aller einfließenden Interessen hervor. In diesem Vermittlungsprozess entsteht somit eine Realabstraktion der vorhandenen Interessen, die die jeweiligen besonderen Interessen, welche nicht von allen gleichermaßen geteilt werden, ausschließt. Hierbei entsteht der allgemeine Gegenstand einer politischen Gruppe, an dem die Mitglieder der Gruppe kooperieren. Als Beispiel die herausgebende Gruppe: »Die A.G.GENDER-KILLER ist eine Gruppe von Menschen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, die 2001 begonnen haben, zusammen das Projekt GENDER-KILLER zu organisieren. Wir machen Aktionen, Filmvorführungen und Veranstaltungen zum Thema Geschlechterverhältnisse, Antisexismus und Patriarchat.«<sup>7</sup>

DIE BEDEUTUNG DES SOZIALEN ORTES FÜR DEN ALLGEMEINEN GEGENSTAND

Prinzipiell kann jedes Interesse als allgemeiner Gegenstand einer Gruppe formiert werden. Die politische Gruppe wird jedoch durch die notwendig zentralistische Vermittlung begrenzt. Abhängig vom physischen, sozialen und symbolischen Ort sind unterschiedliche Menschen mit ihren jeweiligen Interessen in eine politische Gruppe und ihren Vermittlungsprozess integriert, wodurch sich eine jeweils besondere Situation ergibt, innerhalb derer sich Interessen verallgemeinern lassen bzw. eben nicht.

Der allgemeine Gegenstand und die Aushandlung der Kooperation drückt sich im Konsens einer Gruppe aus, ist jedoch nicht mit diesem identisch. Er enthält alle verallgemeinerbaren Positionen, sprich Positionen, zu denen kein einzelner Widerspruch innerhalb der Gruppe existiert. Im Bezug auf seine formale Erscheinung ist hier der Widerspruch im Sinne des Sprechaktes gemeint, welcher diesen kommuniziert. Es ist also notwendig an diesem Kommunikationsprozess teilzunehmen um den allgemeinen Gegenstand zu formen, woraus sich die Notwendigkeit einer zentralistischen Organisation ergibt.

Der tatsächliche allgemeine Gegenstand meint jedoch die Abstraktion der einzelnen Interessen im mathematischen Sinne. Es können Widersprüche unformuliert oder ungehört bleiben, wie sie auch implizit der Gruppe angehören, ohne explizit geäußert zu werden. Der Umstand, dass der reale allgemeine Gegenstand einer Gruppe und dessen Umsetzung im Konsens nie identisch sein können, markiert ein wesentliches Spannungsfeld in der Formierung der Interessen in der politischen Gruppe.

Die Grundlage einer erfolgreichen Vermittlung und Kooperation ist die freie und gleiche Entscheidung.<sup>8</sup> Bedingung, dass die Vermittlung weitestgehend der Schnittmenge aller Interessen entspricht, ist, dass sich alle Beteiligten in gleicher Art und Weise einbringen und sich frei für oder gegen den Konsens entscheiden können. Da es zwischen den autonomen, sprich unabhängig kooperierenden Warensubjekten keine

7 [www.gender-killer.de/ag/about\\_kurz.htm](http://www.gender-killer.de/ag/about_kurz.htm).

8 Dieser Abschnitt ist inspiriert von der *Theorie des kommunikativen Handelns* von Jürgen Habermas, Frankfurt am Main 1995.

materielle Abhängigkeit gibt, ist die Möglichkeit einer freien Entscheidung gegen den Konsens auch nach dessen Beschluss jederzeit gegeben.

Durch ihren gegenseitigen Ausschluss und die sich daraus ergebende praktische Unabhängigkeit ist die einzige Möglichkeit, Verbindlichkeit und Kooperation in politischen Gruppen herzustellen, tendenziell antihierarchisch und egalitär. Somit ist die freie und gleiche Entscheidung Grundlage jedes kollektiven Handelns in politischen Gruppen: Denn nur so entsteht ein gültiger und praxisrelevanter Konsens, welcher Inhalt des Planungsprozesses werden kann und im Arbeitsprozess auch eine tatsächliche Umsetzung erfährt.

Die Notwendigkeit der Formierung des allgemeinen Gegenstandes steht dem Meinungspluralismus entgegen. Zwar sind die Einzelnen frei in dem, was sie denken, innerhalb des Vermittlungsprozesses muss jedoch eine gemeinsame Schnittmenge entstehen, damit anhand dieser praktisch kooperiert werden kann. Existiert diese nicht, existiert auch keine Kooperation

Wir möchten im Weiteren erläutern, warum die Notwendigkeit gleicher Entscheidung Ausdruck eines Konkurrenzverhältnisses ist und die freie Entscheidung als praktische Grundlage der Kooperation einen Zwang, sich gegen eigene besondere Interessen zu entscheiden, darstellt. Außerdem soll herausgearbeitet werden, warum erst mit diesem Verhältnis von Konkurrenz und Zwang die Grundlage von Dominanz und Herrschaft (zumindest nach unseren Begriffen) gegeben ist.

#### DER WIDERSPRUCH ZWISCHEN ALLGEMEINEM GEGENSTAND UND BESONDEREN INTERESSEN

Innerhalb der Formierung des allgemeinen Gegenstandes ist es entscheidend, die eingebrachten Interessen als verallgemeinerbare formulieren zu können – erst wenn die Positionen aus freier Entscheidung von den Anderen widerspruchsfrei geteilt werden, sind sie verbindlich, handlungsanweisend und mobilisieren dadurch auch die aktive Teilnahme, also die Aufwendung der Arbeitskräfte der jeweils Anderen im Sinne der eigens eingebrachten und erfolgreich verallgemeinerten Interessen. Diese Arbeitskraft (und -zeit), welche im Sinne des allgemeinen Gegenstandes aufgewendet wird, ist die einzige reale Substanz der Existenz einer Gruppe. Aus ihr bestehen die Mittel, über welche die Gruppe als solche verfügt. Der allgemeine Gegenstand ist einziger Anlass und einziges Ziel der Kooperation. Durch den Gegensatz der verallgemeinerbaren und der besonderen Interessen erhalten die verallgemeinerten Interessen einen politischen Charakter, die anderen einen privaten.

Durch den gegenseitigen Ausschluss der Verfügung über die eigenen Mittel ergibt sich die formale Notwendigkeit des Ausschlusses der Einzelnen von ihren Gemeinsamkeiten, die sich in ihrem allgemeinen Gegenstand formieren: so wie der allgemeine Gegenstand und die für die »Bearbeitung« bereitgestellten Ressourcen allen gleich und somit nur der Gruppe gehören, gehören sie niemandem Einzelnen im Besonderen. So wie das Engagement für den allgemeinen Gegenstand die

Unvereinbarkeit mit dem Engagement für die eigenen, besonderen Interessen bedingt, bedingt jedes Engagement für die besonderen privaten Interessen die Unvereinbarkeit mit dem Engagement für die allgemeinen Zwecke der Gruppe. Es besteht der beständige Zwang zur freien Entscheidung des/der/\* Einzelnen zwischen dem Engagement für die Gruppe und dem für privaten Ziele.

So beginnt das Engagement des/der/\* Einzelnen für den allgemeinen Gegenstand mit einer ausdrücklichen und als dauerhaft gedachten Entscheidung für die Gruppe und endet mit einer dauerhaften Absage an die Kooperation in der Gruppe. Die Grundlage der Entscheidung für das Mitmachen ist die individuelle, subjektive Sicherheit, welche ein Absehen von den eigenen besonderen Bedürfnissen denkbar und möglich macht. Ist diese subjektive Sicherheit nicht mehr gegeben, entscheidet sich die/der/\* Einzelne für einen Austritt.

Ausgehend von dem gegenseitigen Ausschluss bilden die Warensubjekte also die politische Gruppe als ihre Form der Kooperation und Interessensvermittlung: Diese integriert die Warensubjekte und ihre Interessen, wodurch sich ein allgemeiner Charakter ihrer Interessen ergibt, welcher jedoch die eigenen besonderen Interessen der Beteiligten ausschließt.

#### INDIVIDUELLE FREIHEIT UND KOLLEKTIVER ZWANG

Zwang wird hier verwendet als eine äußere Einwirkung auf das Individuum. Er ist eine vielfältige und vieldeutige, sowohl alltägliche als auch existenzielle Erfahrung, die passiv erlebt, aber auch aktiv ausgeübt werden kann. Zwang beeinflusst die Entscheidungen eines Subjektes und beschneidet dadurch dessen Handlungsspielraum.

Der Gegensatz zwischen voneinander unabhängigen, frei entscheidenden Warensubjekte und einer Situation kollektiver, gegenseitiger Abhängigkeit bringt eine widersprüchliche Lebensrealität hervor. Wie schon weiter oben dargestellt wurde, stehen die Warensubjekte als Subjekte über ihre Mittel (Wissen, Zeit, Geld, Produktionsmittel) in Beziehung zueinander. Da sie sich aber gegenseitig von ihren jeweiligen Mitteln ausschließen, die Gruppe diese Mittel aber integrieren muss, ist die Gruppe an jene Subjekte als die entscheidenden Instanzen delegiert – sie, die Subjekte, »müssen nur wollen«.

Dass eine Person frei, sprich unter den formalen Bedingungen materieller Unabhängigkeit, entscheiden muss, welche und wieviele Mittel sie vergibt, so unsere These, ist Gegenstand und Ursache kollektiven Zwanges. Der Widerspruch zwischen unabhängigen, frei entscheidenden Warensubjekten und einer Situation kollektiver, gegenseitiger Abhängigkeit vermittelt sich im kollektiven Zwang, welcher auf die freie Entscheidung der Einzelnen einwirken muss. Das »freie« an der Entscheidung ist der Zwang, sich zwischen kollektiven Zwängen der Kooperation und jenen der privaten Existenz entscheiden zu müssen.

Beispiel hierfür wäre die Notwendigkeit von Mietzahlungen in politischen Wohnprojekten: die Einzelnen sind frei, über ihre Konten zu verfügen. Sie müssen nicht

Miete zahlen. Das hat aber höchstwahrscheinlich die Konsequenz, dass sie das Hausprojekt verlassen zu müssen, da dieses nicht ohne die Mietzahlungen existieren kann. Dieses Verhältnis gilt jedoch nicht nur für Geld und Miete, sondern analog für die Existenz politischer Gruppen, deren Substanz die für sie aufgewendete Arbeitszeit und das dafür notwendige (und meist ungleich verteilte) Wissen ist.

Unser Gegenbeispiel (als Hinweis auf die Besonderheit dieser Situation) wäre die Kollektivität innerhalb einer Kommune: Hier schließen sich die Einzelnen nicht gegenseitig von den Mitteln ihrer Existenz aus, deshalb wären z. B. Mietzahlung zwischen Kollektiv und Einzelnen überflüssig. Die kollektiven, praktischen Notwendigkeiten, analog zum obigen Beispiel die Kosten der Gebäude, sind die gleichen. Nur muss sich kein Zwang gegen den Einzelnen richten. Was verfügbar ist, kann für jene Notwendigkeiten verwendet werden, eine Entscheidung des/der/\* Einzelnen ist jedoch keine Grundvoraussetzung. Jeglicher Geldtransfer zwischen Individuum und Kollektiv wäre sinnlos, da die Ökonomien nicht durch gegenseitigen Ausschluss getrennt sind. Die Einzelnen würden immer noch (kollektiv) entscheiden, jedoch nicht auf Basis materieller Unabhängigkeit, sondern in gegenseitiger Angewiesenheit. Der/die/\* Einzelne muss sich nicht zwischen persönlichen und kollektiven Interessen »frei« entscheiden, denn die Mittel für beides sind identisch.

Zusammenfassend ist unsere These also, dass der Widerspruch zwischen individueller Freiheit und kollektiver Abhängigkeit sich im kollektiven Zwang vermittelt, welcher sowohl die Notwendigkeit von Entscheidungen in der politischen Gruppe und für die politische Gruppe hervorbringt als auch die Entscheidung Einzelner gegen die Aktivitäten in der Gruppe bedingt. Es ist eine konstitutive Notwendigkeit der politischen Gruppe, dass sich die Einzelnen in dieser gegen ihre eigenen besonderen Interessen entscheiden. Qualitative Voraussetzung für den Zwang ist das gegenseitige Verhalten als Warensubjekte. Quantitatives Maß für den Zwang sind die materiellen, also praktischen Zwänge der Kooperation.<sup>9</sup> Wo nicht mit hohem Aufwand kooperiert werden muss, sind demnach auch keine Zwänge sichtbar.

#### VERMITTLUNG DER WIDERSPRÜCHE VON PRIVATEM UND POLITISCHEM

Wie wir oben aufgeführt haben, ist die Verallgemeinerung der persönlichen Interessen Grundlage der Integration der Arbeitskraft in die politische Gruppe und somit Grundlage der Kooperation. Als Ergebnis der formalen Trennung von allgemeinem politischen Gegenstand und besonderem Interesse besteht nun die Möglichkeit, besondere private Interessen zu politisieren oder den allgemeinen Gegenstand zu privatisieren. Die Trennung zwischen allgemeinem Gegenstand und besonderen Interessen innerhalb der politischen Gruppe folgt zwar der Notwendigkeit der Kooperation der voneinander

<sup>9</sup> Insofern ist es aus der Sicht individualisierter Warensubjekte rational, möglichst wenig zu kooperieren (oder kooperieren zu müssen).

unabhängig existierenden Warensubjekte, diese Trennung hat jedoch einen eher formalen Charakter. Was mir gehört, gehört nicht Dir, was Dir gehört gehört nicht mir, was den Einzelnen gehört, gehört nicht der Gruppe und was der Gruppe gehört, gehört nicht den Einzelnen.

Innerhalb dieses Verhältnisses kann sowohl im Aushandlungsprozess wie auch im Arbeitsprozess der allgemeine Gegenstand jederzeit symbolisch wie praktisch angeeignet werden. Im Gegensatz zu der formalen Trennung ist die Möglichkeit einer einseitigen, besonderen Interessen geschuldeten Aneignung des allgemeinen Gegenstandes gerade durch den gegenseitigen Ausschluss permanent gegeben: Wird im Aushandlungsprozess der allgemeine Gegenstand zugunsten besonderer Interessen definiert, wird die dafür aufgewendete Arbeitskraft einseitig zugunsten dieser angeeignet. Doch auch im Arbeitsprozess kann das Resultat der Arbeit der Verfügung der Gruppe entzogen und den besonderen Interessen Einzelner nutzbar gemacht werden (Jemand kann beispielsweise die Gruppenkasse versaufen).

Wir beschreiben im Folgenden die Aspekte der symbolischen und der praktischen Aneignung. Treten die Warensubjekte in einen Vermittlungsprozess, welcher den allgemeinen Gegenstand formiert, ergeben sich für das einzelne Warensubjekt zwei symbolische Orte, von denen aus es sprechen kann: der symbolische Ort der privaten Interessen (»Ich muss meine Miete bezahlen«) und der symbolische Ort des allgemeinen Gegenstandes der Gruppe (»Wir müssen anlässlich XYZ ein Flugblatt [zu unserem allgemeinen Gegenstand] schreiben«). Die Formierung des allgemeinen Gegenstandes befindet sich im Widerstreit mit den privaten, besonderen Interessen, die Vermittlung, der Bezug auf allgemeine Interessen wird notwendig. Was, wie zu erläutern sein wird, eine strukturell hierarchische Situation herstellt.

#### BEGRIFFSKLÄRUNG: DOMINANZ UND HIERARCHIE IN POLITISCHEN GRUPPEN

Wir verwenden hier einen Begriff von Dominanz, der vielleicht nicht von allen Leser\_innen geteilt wird. Umso wichtiger ist es, deutlich zu machen, welches Verständnis des Begriffs diesem Text zugrunde liegt.

Es ist empirisch schwierig, Dominanz gegen Hierarchie abzugrenzen, da diese beiden Phänomene durchaus ineinander übergehen. Darüber hinaus wird oft unangenehmes Verhalten als Dominanz wahrgenommen, oft ein nicht-pluralistisches Theorieverständnis als Hierarchisierung behauptet. Wir werden diese beiden Aspekte mit einbeziehen, diese jedoch von unserem Dominanz- und Hierarchiebegriff abgrenzen.

Unter *Dominanz* verstehen wir eine Form quantitativer Ungleichheit. In der hier besprochenen Situation führt sie dazu, dass sich manche mehr in den Gruppenprozess und die Herausbildung des allgemeinen Gegenstandes einbringen können und andere gerade dadurch weniger. Unter *Hierarchie* verstehen wir qualitative Ungleichheit, die sich nicht mehr in ein Mehr oder Weniger, sondern eher in ein ganz oder gar nicht auflösen lässt. Wesentliches Moment von Hierarchie ist Unterordnung oder Ausschluss.

## DIE GRUNDLAGE VON DOMINANZ IN POLITISCHEN GRUPPEN

Grundlage von Dominanz in politischen Gruppen ist die Formierung des allgemeinen Gegenstandes. Gehen wir von nicht kooperierenden, individualisierten Warensubjekten aus, welche frei und unabhängig entscheiden, so ist in diesem Zustand die Voraussetzung für Dominanz nicht gegeben. Jede\_r ist des eigenen Unglücks Schmied\_in, wer was mit wem macht, ist durch den gegenseitigen Ausschluss frei wählbar. Da ich nur über meine Dinge entscheide, die Anderen nur über die ihrigen, betrifft mich ihre Entscheidung nicht und grenzt die freie Entscheidung über meine Mittel und Ziele nicht im Geringsten ein. Wenn mir jemand unangenehm ist, besteht demnach die freie Wahl, den Kontakt abubrechen.

Die Situation ändert sich grundlegend innerhalb der Kooperation in der politischen Gruppe, die Ergebnis einer Interessensvermittlung und somit der Formierung eines allgemeinen Gegenstandes ist. Gehen wir davon aus, dass der Vermittlungsprozess es notwendig macht, zu jedem Sprechakt »ja« oder »nein« sagen zu können, bedingt dieser eine zentrale Vermittlung der Interessen.

Ausgehend davon, dass allen Beteiligten (durch den Ausschluss ihrer privaten Zwänge) der politischen Gruppe und ihrem Vermittlungsprozess nur begrenzt Zeit zur Verfügung stellen, ist auch dieser Vermittlungsprozess der Gruppe zeitlich begrenzt. Somit befinden sich die Einzelnen in der Einbringung ihrer jeweils persönlichen Interessen als potenziell verallgemeinerbare Interessen in einer Konkurrenzsituation um die Vermittlung des Gegenstandes der Kooperation.

Einerseits ist es dieser Zustand, welcher die Gleichheit im Vermittlungsprozess zu einer Voraussetzung dafür macht, dass der Konsens einer politischen Gruppe annähernd ihrem allgemeinen Gegenstand entspricht. Dies wiederum ist Voraussetzung dafür, dass die Kooperation auch reibungslos läuft, also die verbalen Entscheidungen den realen entsprechen.

Andererseits kann die Voraussetzung der Gleichheit im Vermittlungsprozess aber nie in Gänze erfüllt werden: Die Warensubjekte vergleichen sich innerhalb einer Konkurrenzsituation. Diese Vergleichung ist in der Formierung des allgemeinen Gegenstandes der politischen Gruppe praktisch wirksam. Das Resultat der formalen Gleichheit und ihres praktischen Vergleichs ist die reale, erfahrbare und praktische Ungleichheit der Beteiligten.

Wenn eine erfolgreiche Verallgemeinerung von Interessen einer Position stattfindet, bedingt sie innerhalb der Konkurrenzsituation den Ausschluss der Interessen der anderen Position. Die Dominanz einer Position hat zur Folge, dass ihr reales Engagement größer sein wird und bringt eine Ungleichheit in der praktischen Umsetzung mit sich. Daraus geht die Desintegration der dominierten Seite, mitsamt ihren Interessen und ihren Potenzialen hervor. Die Form der politische Gruppe sabotiert den Anspruch »Alle nach ihren Bedürfnissen, alle nach ihren Fähigkeiten« grundlegend, da nur der gemeinsame Nenner, der Konsens, Grundlage der Kooperation – sprich im Interesse aller – ist.

Somit begrenzt die politische Gruppe tendenziell das Engagement der an ihr Beteiligten auf ihre formalen Notwendigkeiten: wer Interesse an dem Engagement der Anderen hat, ist gezwungen, die eigenen Interessen und das eigene Engagement zurückzunehmen. Weniger engagierte Gruppenmitglieder sind ebenfalls gezwungen, ihre Interessen vor denen der erfolgreicherer zurückzunehmen oder selbst dominant zu werden, in dem Sinne, sich selbst mehr einzubringen und somit das Engagement der vormals Dominanten zurückzudrängen und sich selbst Raum für Interessen und Arbeitsfelder zu schaffen. Dieses Dilemma ist Resultat einer Situation, in der die Interessen gegeneinander ausgehandelt und miteinander vermittelt werden müssen.

Somit ist die beste Sicherheit vor dem Vorwurf der Dominanz wie vor dem Dominiertwerden, sich nicht in eine politische Gruppe einzubringen. Aus der Möglichkeit, eigene Interessen zusammen mit Anderen umzusetzen und sich durch Kooperation zu helfen entsteht in der politischen Gruppe der Zwang, sich nicht mehr als Andere einzubringen und zu engagieren, oder entgegen den eigenen Interessen und der eigenen Motivationslage bei den Aktivitäten Anderer mitmachen zu müssen. Innerhalb der praktischen Vergleichung ist eine auf der quantitativen Ungleichheit basierende Hierarchie, im Sinne einer qualitativen Ungleichheit, schon angelegt. Die Voraussetzung für diese ist jedoch eine strukturell hierarchische Situation.

## DIE GRUNDLAGE VON HIERARCHIE IN POLITISCHEN GRUPPEN

Die Grundlage von Hierarchie in politischen Gruppen ist die Existenz sowie die ungleiche Aneignung des allgemeinen Gegenstandes. In ihrer Teilung in den allgemeinen Gegenstand als Gegenstand des Kollektivs auf der einen Seite und der Abspaltung anderer Interessen als individuelle, besondere und gerade nicht kollektive Interessen auf der anderen Seite, stellt die Gruppe für die Einzelnen eine strukturell hierarchische Situation dar. Zwar gehört der allgemeine Gegenstand allen formal gleich, real muss dieser jedoch in seiner Formierung immer durch die Sprechakte von Einzelnen angeeignet werden – in der Behauptung seiner Allgemeinheit oder durch Sprechakte gegen die besonderen Interessen der Einzelnen. Der formalen Gleichheit widerspricht jedoch die reale Ungleichheit, die bedingt, dass immer nur Einige ihre Interessen in der jeweiligen Gruppensituation verallgemeinern können.

Verstehen wir Hierarchie als ausschließende Verfügung über den allgemeinen Gegenstand, so meint dies hier die Verallgemeinerung eigener Interessen und somit die Definierung des Gegenstandes bei gleichzeitigem Ausschluss anderer Positionen von der Verallgemeinerung. Die Situation kollektiver Abhängigkeit und individueller Freiheit bringt die Notwendigkeit hervor, sich für den allgemeinen Gegenstand der Gruppe entscheiden zu müssen. Dadurch entsteht die Möglichkeit der Aneignung / Instrumentalisierung der Arbeitskraft der jeweils Anderen.

Nehmen wir als Beispiel eine antirassistische Gruppe: ein gewünschtes Flugblatt hat ein rein sozialpolitisches Thema – somit gibt es Menschen in der Gruppe, die an diesem Thema keinerlei Interesse haben. Ihr Sprechakt ist demzufolge: »Wir sind eine

antirassistische Gruppe, Sozialpolitik ist nicht unser Arbeitsfeld«. Innerhalb eines solchen Sprechaktes eignet sich die sprechende Person den allgemeinen Gegenstand der Gruppe symbolisch an, im Ausschluss der Person, welche das Thema Sozialpolitik gerne als allgemeinen Gegenstand der Gruppe gesehen hätte. Ist die Verfolgung des Interesses wesentlich und wichtig für diese Person, wird nicht nur ihr Interesse ausgeschlossen, sondern auch tendenziell die Person selbst: auf lange Sicht wird sie sich eine Gruppe suchen, in der sie zu sozialpolitischen Fragen Stellung beziehen kann. Nur wenn sie darlegen kann, wie sich diese sozialpolitische Maßnahme auf ausgegrenzte und ethnisierte Gruppen auswirkt, hat sie eine Chance, ihr Interesse nach einer Positionierung zu diesem Thema als ein antirassistisches Thema und somit als allgemeinen Gegenstand der Gruppe durchzusetzen. Sie hätte sich somit den allgemeinen Gegenstand angeeignet und dadurch die Integration der Arbeitskraft der Anderen für ihr Interesse erwirkt. Die Person ohne sozialpolitisches Interesse wird diesem Anliegen jedoch wahrscheinlich weniger Aufmerksamkeit schenken und sich dann ihrerseits tendenziell aus der Gruppe zurückziehen.

So wie die Formierung des allgemeinen Gegenstandes einer Gruppe verbal und somit symbolisch vermittelt ist, entstehen innerhalb dieser erst Symbole gemeinsamer Bezugnahme, wie beispielsweise der Gruppenname und das entsprechende gesellschaftlich wirksame Label. Trotz ihres »immateriellen« Charakters sind diese Symbole und ihr Inhalt Gegenstand und somit Resultat der Aufwendung von Arbeitszeit. Sowohl die Arbeitszeit wie die Resultate können im Planungs- und Arbeitsprozess praktisch angeeignet werden, weshalb die einzelnen Tätigkeiten innerhalb der Gruppe (neben ihrer quantitativen Vergleichung) eine qualitative unterscheidbare Hierarchie erlangen. Was den gesellschaftlich wirksamen Inhalt eines Gruppenlabels ausmacht, lässt sich beim Schreiben eines Flugblattes einfacher bestimmen als durch eine Tresenschicht am Projektabend, auch wenn letztere die notwendigen Finanzmittel zum Druck des Flugblattes erbringt.

#### BASIS POLITISCHER SOLIDARITÄT

Unter Solidarität wird hier die Aufwendung von Zeit und Mitteln unter Absehung unmittelbarer Interessen verstanden. Sie wird zwar als langfristig gegenseitig gedacht, kann jedoch unter den Bedingungen unabhängiger und freier Warensubjekte immer nur punktuell und somit einseitig sein. Die Güter sind getrennt, ein Subjekt gibt, ein anderes nimmt.

Zur Beschreibung politischer Solidarität halten wir es für notwendig, diese von freundschaftlicher Solidarität abzugrenzen, ohne zu behaupten, dass diese Phänomene isoliert oder unabhängig voneinander bestehen würden.<sup>10</sup> Freundschaftliche Netzwerke

existieren sowohl parallel zu politischen Gruppen, wie sie sich auch in und aus diesen ergeben. Sie sind jedoch wesentlich von diesen verschieden: Während politische Solidarität vor allem über eine (potenzielle) Kooperation und somit einen allgemeinen Gegenstand vermittelt ist, ist freundschaftliche Solidarität gerade nicht über Kooperation an einem allgemeinen Gegenstand vermittelt.

Bei politischer Solidarität ist die Bezugnahme auf den jeweiligen allgemeinen Gegenstand der Gruppe notwendig, sie ist das Ergebnis eines Vermittlungsprozesses, an dessen Ende niemand widerspricht und alle bereit sind, etwas, nämlich die gemeinsamen Mittel der Gruppe, für die andere Seite zu geben. Das an die andere Gruppe oder Einzelperson Gegebene ist formal nicht für deren eigene besondere Verwendung bestimmt, sondern für ein Interesse der anderen Gruppe oder Einzelperson, das zumindest teilweise übereinstimmend mit dem allgemeinen Gegenstand der eigenen Gruppe ist. Da der allgemeine Gegenstand sich nicht aus den besonderen Interessen speist, können die Mittel für diesen einerseits frei verwendet werden, andererseits ist die besondere Situation des anderen wiederum konstitutiv nicht allgemeiner Gegenstand der Gruppe: Die Mittel einer antirassistischen Gruppe werden für Antirassismus mobilisiert, aber nicht für die besondere Situation von Hans.

Da zunächst alle anderen Gruppen und Einzelpersonen von den Mitteln der Gruppe ausgeschlossen sind, bildet auch diese ein Warensubjekt, das frei entscheidet um kollektiven Zwängen (einer Bewegung) gerecht zu werden. Da jedoch hierfür keine zentrale Vermittlungsinstanz besteht, ist eine Solidarität der Gruppe relativ zufällig wie unwahrscheinlich. Denn das, was von der Gruppe für solidarische Zwecke aufgewendet wird, steht ihr auch im Weiteren nicht mehr zu Verfügung.

Freundschaftliche Solidarität ist im Gegensatz zur politischen Solidarität eine gegenseitige Verbundenheit. Diese beruht nicht auf der Angewiesenheit und Abhängigkeit von der Kooperation an einem gemeinsamen allgemeinen Gegenstand. Es ist hier wichtiger, sich zu mögen, unterhaltsam zu sein, Erfahrungen und Erlebnisse zu teilen.

Dementsprechend können freundschaftliche, nicht politisch kooperierende Beziehungen wesentlich freier mit Verbindlichkeiten und inhaltlichen Positionierungen umgehen.<sup>11</sup> Bei freundschaftlicher Solidarität ist die freie Entscheidung Einzelner grundlegend und daher direkt und unvermittelt. Sollte eine Person ihre eigene von allen unabhängige Existenz für sich subjektiv als sicher betrachten, ist es ihr möglich, von ihr als übrig erachtete Mittel unter Absehung von unmittelbaren eigenen Interessen, jemandem zur Verfügung zu stellen. Als punktuelle Leistung bewirkt dies jedoch eine Schuldigkeit, d. h. die implizite Erwartung, dass etwas dem/der/\* Gebenden in ähnlichem Umfang zurückzugeben wird, also langfristige Gegenseitigkeit oder Reziprozität. Als andauernder Zustand bewirkt sie die Abhängigkeit einer Person von den Mitteln der anderen Person mit einem sich daraus ergebenden Subjekt- /

<sup>10</sup> Abgesehen davon verschränken sich in der Lebenswelt Leistungen karitativer und sozialstaatlicher Institutionen, freundschaftlicher Netzwerke und politischer Gruppen.

<sup>11</sup> Ebenso steigt die Unsicherheit von Freundschaften durch ihre Verbindung mit gemeinsamen politischem Engagement.

Objektverhältnis: da der/die/\* Gebende ein frei verfügendes Warensujet ist, heißt das, dass die nehmende Person auch von den freien Entscheidungen der gebenden Seite abhängig ist und somit zum Objekt dieser Entscheidungen wird, denn die bedürftige Person stellt einen abhängigen Kostenfaktor in der Ökonomie des gebenden Warensujektes dar. Dieser nur von der freien Entscheidung des/der/\* Anderen abhängige Status kann als prekarierte Existenz verstanden werden. Andersherum: Würden sich die Einzelnen nicht von der Verfügung über ihre Mittel ausschließen, wäre ihr Verhältnis nicht jenes von Warensujekten, so gäbe es keine Gebenden und keine Nehmenden und kein prekäres Subjekt- / Objektverhältnis.

Das Konzept der Solidarität kann nicht erschöpfend dargestellt werden, doch wird die Existenz als freies Warensujet und die Möglichkeit politischer Solidarität von vielen meist jugendlichen / studentischen politisch Aktiven als das non-plus-ultra in Sachen Lebensperspektive angepriesen, wahrscheinlich aus Mangel an Alternativen. Doch die Grundvoraussetzungen der politischen Gruppe wirken als sozialer Filter entlang von race, class, gender und Alter auch auf die Möglichkeiten von politisch vermittelter Solidarität: »Politische Arbeit kostet viel Kraft und Zeit, die man irgendwann nicht mehr im selben Maße zur Verfügung hat, spätestens, wenn man Verantwortung für andere übernehmen muss. Auch ohne Kinder ist für viele das Ende des Studiums der Punkt, an dem sie sich umzuorientieren beginnen.«<sup>12</sup>

Aufgrund der Prekarität der Solidarität in politischen wie freundschaftlichen Verhältnissen ist die Ehe, bzw. ein eheähnliches Verhältnis, die gebräuchlichste Form der Solidarität. Zwar wird diese von vielen feministischen und »alternativen« Menschen abgelehnt, als Gegenkonzept zu dieser steht jedoch oft nur das Bild des ewigen Singletums statt einer die personale Abhängigkeit überwindenden kollektiven Perspektive. Als Gegenkonzept zur hierarchischen und schwer formbaren Vergemeinschaftung in der Ehe ist dies ein verständlicher Ansatz, jedoch oft fern von den Sachzwängen des Alltags, der mit einer Idealisierung des neoliberal-eigenverantwortlichen, individualisierten Subjekts einhergeht. Die Notwendigkeiten, den Zwängen und Abhängigkeiten der Einzelnen untereinander gerecht zu werden, finden sich in dieser Idealisierung von Freiheit und Unabhängigkeit nicht berücksichtigt. Denn mit der Unmöglichkeit, die Existenz mit eigenen Mitteln zu bestreiten, folgt die Notwendigkeit der Aneignung fremder Arbeit durch den Markt. Ist die Möglichkeit hierfür nicht gegeben, ist die sexuelle Aneignung (auch im Sinne des Angeeignet-Werdens) alternativlose, letzte Konsequenz, mal ganz abgesehen davon, dass der Markt vieles überlebenswichtige (beispielsweise Emotionalität) nicht befriedigen kann, für dessen Erfüllung dann die persönliche Beziehung erhalten muss. Dass dieses Verhältnis über Sexualität konstituiert ist, ergibt den patriarchalen Charakter dieses Verhältnisses. Aus diesem ergibt sich eine Arbeits- und Rollenverteilung in der Organisation der

privaten Bedürfnisse, welche jedoch jenseits jeglicher politischer Kollektivität einen rein privaten Charakter erhält.

Was immer gewählt wird, es erscheint entweder als Folge der »Sachzwänge«, oder als Ergebnis einer eigenen freien Wahl, jedoch in beiden Fällen als alternativlos. Menschen, die auf die Formen der freundschaftlichen oder politischen Solidarität nicht zurückgreifen können, sind in entsprechenden Notlagen auf die Abhängigkeit von sozialstaatlicher Zwangsverwaltung zurückgeworfen. Eine Eingebundenheit in diese Strukturen von Staat und Ehe stellt jedoch tendenziell das politische Engagement in Frage, insbesondere, da die freie Entscheidung für die Formierung des allgemeinen Gegenstandes Grundlage des dortigen Engagements ist. Aufgrund der vorhandenen schlechten Alternativen verstärkt sich die Prekarität politischer Solidarität mit Rückgriff auf die zwangsförmigen Strukturen noch um ein Weiteres: Die Formen linker Solidarität zwischen individualisierten Warensujekten sind unter anderem deshalb so prekär, weil sie keine dauerhaft lebbar und nach subjektiven Ansprüchen sichere Alternative darstellen, da die dauerhafte Gegenseitigkeit strukturell schon nicht gegeben ist.

#### POLITIK UND GENDER

Es ist für den Rahmen dieses Textes bei weitem zu umfangreich, das komplette Repertoire historisch-materialistischer Kritik<sup>13</sup> an den geschlechtlichen Formen der nationalstaatlich-patriarchal-kapitalistischen Vergesellschaftung aufzuführen. Wir werden lediglich versuchen, die hier angesprochenen Aspekte auf die Bildung der vergeschlechtlichten sozialen Kategorien zu beziehen, wollen sie dadurch jedoch nicht auf diese reduzieren.

Verhelf der Dekonstruktivismus zu der Erkenntnis, dass sich soziale Rollen nicht aus biologisch-natürlichen Grundkonstanten ableiten lassen, so brachte er mitnichten eine Auflösung der Geschlechterrollen. Er öffnete jedoch das Blickfeld dafür, dass die Geschlechterrollen jeweils, je nach Situation und Verhalten von allerlei Menschen und ihren Geschlechtern (als Tätigkeit) angeeignet werden können.<sup>14</sup> Während sich die Relation der Geschlechter durch den wechselseitigen Ausschluss bestimmt, ergibt sich der Inhalt der Geschlechterrollen aus ihrer alltäglichen Praxis. Diese resultiert aus den Verhältnissen der Menschen als Warensujekte zueinander, welche die Geschlechterrollen als stimmen und oft unbewussten Zwang reproduzieren. Somit ist diese Existenzweise ein Grund (von sicherlich mehreren), warum Geschlecht zwar

<sup>12</sup> Greta, Lars und Thorsten, »Es lässt sich nicht vermeiden, dass man älter wird«, in: *JungleWorld*, Ausgabe 16/2006, <http://jungle-world.com/seiten/2006/16/7596.php>.

<sup>13</sup> Zu nennen wären hier beispielsweise die patriarchalen Verhältnisse, welche sich aus der industriellen Teilung von Produktion und Reproduktion, der Wertabsplattung im Warentausch, dem Erbrecht und Fürsorgepflicht u. v. m. ergeben.

<sup>14</sup> Dies geschieht jedoch immer innerhalb eines Rahmens, in dem die Sozialisation und Wahrnehmung über das biologische Geschlecht als Grundmuster erhalten bleiben und unterschiedliche Wertungen hervorufen.



konstruiert, die vorherrschenden Praxis jedoch innerhalb dieser gesellschaftlichen Rahmenbedingungen schwerlich aufzuheben sind.

Ausgehend von einer Eigentumsordnung, welche auf sexueller Aneignung basiert, ist die vorherrschende Gesellschaft immer noch patriarchal, wenn auch modern.<sup>15</sup> Die sich daraus ergebenden abstrakten gesellschaftlichen Formen des Warensubjekts und dessen Gegensätze laufen nicht selbst auf Erden herum, sondern treten stets in Form von Körpern in Erscheinung. Gesellschaftliche Verhältnisse sind im Gegensatz dazu als solche nicht sichtbar, bestimmen jedoch den Rahmen unseres Handelns wie auch den unserer Wahrnehmung. Die vergeschlechtlichte Wahrnehmung ist eine, welche die Widersprüche in den jeweiligen »Anderen« naturalisiert und dadurch die formale Freiheit und Gleichheit (als Warensubjekt) und ihre reale Unfreiheit und Ungleichheit (beispielsweise Staatsbürgerschaft, Hautfarbe, Klasse, Sexualität, biologisches Geschlecht) durch Biologismen rationalisiert und sich dadurch in den Rollen institutionalisiert. Durch diese Institutionalisierung der Widersprüche entsprechen die vorherrschenden Rollen den immanenten Widersprüchen des Warensubjekts und somit einer davon abhängigen Funktionsverteilung. Auch wenn die Rollen inhaltlich unabhängig vom biologischen Geschlecht sind, werden diese in der vorherrschenden patriarchalen Gesellschaft tendenziell geschlechtsspezifisch verteilt. Die Verhältnisse sind daher immer noch sexistisch, heteronormativ und rassistisch.

Die These ist, dass sich der Inhalt der männlichen Rolle aus der Existenzweise des Warensubjekts ergibt, sowie der Inhalt der Rolle der »Anderen« ein Ergebnis der damit verbundenen Widersprüche darstellt.

Das über die eigenen Mittel frei und unabhängig verfügende Warensubjekt ist – durch den Ausschluss der Anderen – strukturell männlich, da die freie Verfügung Voraussetzung wie Resultat des Verkaufs auf dem (Arbeits-) Markt ist, auf dessen Notwendigkeiten die Menschen unterschiedlich vorbereitet werden und innerhalb dessen Konkurrenz sich die Einzelnen vergleichen und ihre Unterschiedlichkeiten zu Ungleichheiten werden. Sozial gesehen werden vor allem Männer so sozialisiert, dass sie sich auf dem Markt als ein solches Warensubjekt durchsetzen können und müssen.

Im Gegensatz dazu ist eine strukturell weibliche Rolle eine, die sich auf die eigenen Besonderheiten, Abhängigkeiten und sozialen Beziehungen richtet. Ihr Ziel ist es nicht, sich durchzusetzen, sondern in Abhängigkeit vom strukturell männlichen Warensubjekt dessen Arbeitskraft zu reproduzieren. Das resultiert zum Einen aus den Anforderungen industrieller<sup>16</sup> Vernutzung von Arbeitskraft, zum Anderen stellt es aber auch die notwendige Folge einer prekäreren Situation auf dem Arbeitsmarkt dar.

Da sich die Form der politischen Gruppe aus dem Verhältnis der Warensubjekte zueinander ergibt, ist sie auch selbst nicht geschlechtsneutral. Sie ist der Form nach strukturell männlich. Wie die Teilnahme der strukturell männlichen Menschen am Arbeitsmarkt ist auch die Teilnahme an der Kooperation zwischen freien unabhängigen Warensubjekten für biologisch weiße, heterosexuelle Männer aus materiellen wie sozialen Gründen (trotz aller Entwicklungen) einfacher: da ihre Position auf dem Arbeitsmarkt besser ist, ist es für sie einfacher, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Da ihre Existenz nicht prekariert ist, können sie ihr Bedürfnis nach Sicherheit leichter befriedigen. Sie können sich den Luxus der Kooperation in politischen Gruppen leisten, da sie für das Erlangen ihrer subjektiven Sicherheit weniger Aufwand benötigen.

So wie die Einzelnen sich aufgrund der vorherrschenden Verhältnisse mit unterschiedlichen Voraussetzungen in die Vermittlung einbringen, so muss betont werden, dass die Ungleichheiten in den Prozessen von Integration und Ausschluss entlang der Vermittlung des allgemeinen Gegenstandes erst hervorgebracht und praktisch relevant werden.

Die Fähigkeit und der Anspruch, eigene Interessen als verallgemeinerbar darstellen und durchsetzen zu können, ist auch hier weiterhin strukturell uns sozial männlich. Es bedarf hierfür jedoch zweierlei: einerseits einer materiellen Situation, welche überhaupt verallgemeinerbare Interessen hervorbringt, andererseits kultureller und sprachlicher Techniken, die die eigenen Interessen als verallgemeinerbar darstellen können.<sup>17</sup>

Weil die notwendige Anforderung an das Warensubjekt, frei und unabhängig über die eigenen Existenz zu entscheiden, auch eine notwendige Voraussetzung zur Teilnahme am Vermittlungsprozess innerhalb politischer Gruppen ist, reproduziert die Form der politischen Gruppe innerhalb der ungleichen Verteilung der Möglichkeiten und Fähigkeiten die vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse und bringt daher auch den Inhalt der ansozialisierten Rollen hervor.

Wir wollten mit der Betrachtung darlegen, dass diese Verhältnisse zwar einerseits Resultat staatlich durchgesetzter Eigentumsverhältnisse sind, andererseits stellen sie aber auch das Ergebnis einer subjektiv verinnerlichten Praxis dar. Die gesellschaftlich gegebenen Geschlechterrollen bleiben auch in der politischen Gruppe durch die mehr oder weniger erfolgreich erfüllte Rolle des Warensubjektes bestehen, ihre Hierarchie liegt auf der Hand. Der Anspruch, sie zu überwinden, bleibt somit eine praktische Notwendigkeit für die Form der politischen Gruppe wie für Emanzipation überhaupt.

<sup>15</sup> Modern meint in diesem Sinne unter anderem, dass diese patriarchalen Verhältnisse durch eine Selbstverortung affirmiert sind und nicht ausschließlich durch physische Gewalt erzwungen werden müssen.

<sup>16</sup> Gemeint ist die räumliche und ökonomische Trennung von produzierender Arbeit und Hausarbeit als Ergebnis der Freisetzung aus agrarischer und handwerklicher Produktion, welche u. a. die Notwendigkeit von Erziehung für den Verkauf auf dem Arbeitsmarkt hervorgebracht hat.

<sup>17</sup> Unter den Schreibenden war Uneinigkeit darüber, welche Position Menschen in einer solchen Struktur haben, sobald sie nicht in der formalen Bestimmung von Warensubjekten aufgehen. (Und solche gibt es sicherlich, denn keine empirische Gruppe ist identisch mit ihrer theoretischen Bestimmung). Prinzipiell ist die Situation, in der sich jene Gruppenmitglieder befinden, die nicht der formalen Warensubjekthaftigkeit entsprechen, weder systematisierbar noch definierbar. Da die Struktur der politischen Gruppe selbst »männlich« ist, bietet sie somit keinen Platz für jene »Nichtsubjektivität«. Diskutiert wurden »Vermittlung« und »Teilhabe« und »Ausschluss«. Die Ableitung einer weiblichen Rolle« in einer strukturell männlichen Veranstaltung wurde jedoch verworfen.

## FAZIT

Es ist innerhalb politischer Kooperation möglich, sich Produktionsmittel anzueignen, sich selbst zu politischen Zwecken zu verwerfen und damit emanzipatives Wissen zu produzieren und gesellschaftlich zu verbreiten. Auch Solidarität ist möglich. Es ist möglich, innerhalb von politischen Zusammenhängen Spaß zu haben, Freund\_innen zu finden und Anerkennung zu bekommen. Doch die negativen Erfahrungen aus der zentralistischen Vermittlung der Interessen und ihrer Gegensätze, die Abstraktion im Konsens und der Ausschluss jeglicher Besonderheiten samt der notwendigen Moral und dem kollektiven Zwang innerhalb der politischen Gruppe machen die individualisierte Existenz gegenüber den daraus resultierenden Erfahrungen von Kollektivität erst so richtig schmackhaft.

Die Grenzen dieses Konzeptes der politischen Gruppe unter gegebenen (Rahmen-) Bedingungen liegen auf der Hand: Größere und komplexe Projekte sind innerhalb einer politischen Gruppe, unter Bedingungen von Gleichheit und Freiheit einfach nicht machbar, zumal die politische Gruppe selbst erst Hierarchie und Ungleichheit hervorbringt. Jede Differenzierung der Tätigkeiten bewirkt deren Hierarchisierung. Es ist somit kein Zufall, dass viele umfangreiche politischen Projekte sich dahingehend entwickelt haben, dass sie die Ungleichheit und Hierarchie durch interne Lohnarbeitsverhältnisse in feste Formen gegossen haben.

Eine weitere Grenze, welche die Intensität des Engagements grundlegend beeinflusst, ist der Umstand, dass die politische Struktur selbst grundlegend auf Selbstausbeutung zugunsten der Gruppe beruht. Das ist nicht erst so, wenn mit Soliparty und Cocktaillresen mühsam die paar Euro für die Druckkosten zusammengearbeitet werden. Spätestens wenn Lohnarbeit im Spiel ist, ist es notwendig, dass der politische Gegenstand als Ware vergesellschaftet wird. An dieser grundlegenden Warenförmigkeit jeglicher menschlicher Existenz im Hier und Jetzt kann auch die politische Gruppe nichts ändern. Doch durch diese Warenförmigkeit greifen die Bedingungen und die Alternativen des Marktes auf sie selbst zurück: bei den Verhältnissen, die die politische Gruppe anzubieten hat, kann mensch es auch niemandem wirklich übel nehmen, wenn die ganz normale, geldvermittelte Lohnarbeit einfach die bessere Alternative zur kollektiv-politischen Kooperation darstellt.

Zu glauben, die politische Gruppe und die individualisierte Existenz wäre das Nonplusultra führt oft dazu, den Blick dafür zu verlieren, dass wir Verhältnisse erreichen wollen, in denen diese Form der politischen Gruppe und der Lohnabhängigkeit nicht mehr existieren kann. Letztendlich kann aber nur durch die Bewusstmachung der Verhältnisse und auch der Widersprüche, in denen wir selbst uns befinden, dabei helfen, Möglichkeiten der Überwindung der Verhältnisse überhaupt zu denken<sup>18</sup> und die Praxis

anhand dieser zu verbessern. Der Glaube, wir sollten deswegen die politische Betätigung in Gruppen sein lassen, bringt uns diesem Ziel aber auch nicht näher.

## LITERATUR

- Greta, Lars und Thorsten, »Es lässt sich nicht vermeiden, dass man älter wird«, in: *Jungle World*, Ausgabe 16/2006.
- Habermas, Jürgen, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt am Main 1995.
- Herzberg, Hanne, »No Subject. Warum »das Weibliche« mit nichts identisch ist«, <http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=277>, 2005.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich, *Das Kapital*, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 23, Berlin / DDR 1962.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich, *Die deutsche Ideologie*, Berlin / DDR 1962.
- Stakemeier, Kerstin, »Gegen die Anerkennung der Öffentlichkeit«, <http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=342>, 2005.

<sup>18</sup> Im Übrigen suchen wir noch weitere Menschen, die ein Interesse daran haben, die politische Gruppe sowie die Bedingungen von Emanzipation genauer zu untersuchen und zu erörtern – meldet Euch unter [www.CyborgSociety.org](http://www.CyborgSociety.org).